

Interview mit MP Dr. Reiner Haseloff am 19.07.2011

Herr Ministerpräsident, wie sind Sie zu KOLPING gekommen?

Ich bin in der Nähe von Wittenberge in der kath. Pfarrei St. Josef Zahna groß geworden und da habe ich KOLPING immer aktiv erlebt. Nach dem Studium sind wir in Wittenberg mit der Familie heimisch geworden und 1986 dann auch dem Kolpingwerk beigetreten. Am Anfang war eine intensive Teilnahme möglich – aber seit meinem Engagement in der Landesregierung war dies dann zeitlich nicht mehr machbar. So beschränkt sich meine Kolpingmitgliedschaft auf den Kolping-Gedenktag und dass ich für Kolping ansprechbar bin.

Als Kolpingbruder haben Sie nach der friedlichen Revolution sofort politische Verantwortung übernommen und in wechselnden Positionen versucht, Ihr Bundesland nach vorn zu bringen. Hat Ihre Mitgliedschaft im katholischen Sozialverband Kolpingwerk Einfluss auf Ihre vielfältigen Entscheidungsfindungen genommen?

Erstens ist es so, dass ich immer – auch als Wirtschaftsdezernent oder Arbeitsamtsdirektor usw. – auch auf Grund der eigenen Sozialisation die Arbeitnehmerinteressen im Blick hatte – ohne die Arbeitgeberseite zu vernachlässigen – und damit auch die Kolpingschen Ideale im Hinterkopf getragen habe. Das nach der Wende angelesene Wissen um die katholische Soziallehre und die Schriften von und über Adolph Kolping begleitet mich auch bis heute und ist so Grundlage bei der Lösungs- und Entscheidungsfindung.

Welches Resümee ziehen Sie für Ihre ersten Monate als Regierungschef von Sachsen-Anhalt?

Wir sind ja nicht angetreten, um die Regierungsgeschäfte ganz anders zu machen. Wir sind ja gewählt worden, um Kontinuität zu wahren und das Bewährte von meinem Vorgänger Wolfgang Böhmer fortzusetzen. So ist dieser Wählerwille auch in dem Koalitionsvertrag deutlich formuliert. In meinen Gesprächen mit den Menschen kommt dieser Wunsch auch immer wieder zum Ausdruck. Andererseits ist es jetzt auch wichtig, dass wir nachhaltiges Finanzgebaren an den Tag legen und praktizieren. Wir benötigen das Umsetzen der Schuldenbremse und das Tilgen von Schulden, damit auch den nachfolgenden Generationen die Handlungsfähigkeit gegeben wird. Das ist kein einfaches Geschäft.

Was war bisher Ihre schwierigste Entscheidung?

Die für mich schwierigste Entscheidung war eigentlich die, ob ich mich als Spitzenkandidat der letzten Landtagswahl für die CDU zur Verfügung stelle. Davor gab es eine ähnliche schwierige Entscheidung, ob ich mich aus einer relativ gesicherten Stellung in Bundesbeamtenfunktion in die Verantwortung auf Regierungsebene begeben. Bei all diesen Entscheidungen war es für mich auch wichtig, dass die Familie zustimmt, die ja doch einiges zu tragen und zu ertragen hat.

Sie haben ein hochgestecktes Ziel formuliert. Sie wollen Sachsen-Anhalt zum familienfreundlichsten Bundesland machen! In welchen Zeitraum wollen Sie dieses Ziel erreichen und welche messbaren Kriterien sind dabei zu erfüllen?

Dafür steht zum einen die gesamte Legislaturperiode zur Verfügung. Aber viele Dinge werden gar nicht in fünf Jahren realisierbar sein, sondern da kann man nur die Ansätze legen, weil einfach die Entfaltung nur langfristig erfolgen kann. Wir haben in Sachsen-Anhalt mit die höchsten Aufwendungen für das System Kinderbetreuung und Sozialbereiche von ganz Deutschland. Von den eingesetzten Ressourcen haben wir somit sehr gut die Grundlagen gelegt, um das Ziel zu erreichen. Aber das Engagement in der Kindererziehung und Betreuung ist ja nur eine Komponente der Familienfreundlichkeit. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – zu der auch das enge Netz der Kindertagesstätten zählt – ist ein weiterer Baustein. Ganz wichtig ist aber auch, dass jedes einzelne familiäre Umfeld stimmig ist, denn in den Familien werden die wichtigsten Grundlagen für die Persönlichkeitsentwicklung eines jeden Menschen gelegt. Hier bin ich wieder ganz nah bei Kolping. In diesem Kontext muss auch die Wirtschaft, die ja keinen Selbstzweck darstellt, so die Rahmenbedingungen setzen, dass Familien auch in die Lage versetzt werden, Kindern eine Perspektive zu geben. Es dürfte ja wohl allen klar sein, wenn sich Partnerschaften nicht mehr für Kinder entscheiden, weil das Umfeld nicht stimmig ist, dass dann in einigen Jahren auch der entsprechende Nachwuchs fehlt und ein Fachkräftemangel die logische Folge ist. Eine Kompromissfähigkeit der Gesamtgesellschaft ist nötig, damit Partnerschaften / Ehen mit Kindern wieder mehr gelingen. Das Land Sachsen-Anhalt will nachhaltig seinen Anteil dazu beitragen.

Aus meiner Sicht befinden Sie sich damit voll auf Kolpingkurs, da wir in unserem Leitbild „Anwalt für Familie“ und „Mitgestalter der Arbeitswelt“ sein wollen. Was kann aus ihrer Sicht das Kolpingwerk in Deutschland und insbesondere im Bistum Magdeburg tun, um Sie aktiv und positiv auf diesen Weg der familienfreundlichen Gesellschaft zu begleiten?

Kolping soll sich über den eigenen Raum der Kolpingsfamilien und Kirchgemeinden hinaus hörbar machen, damit die familienpolitischen Themen in der Gesellschaft breit diskutiert werden. Denn Familienfreundlichkeit ist mehr als enge Leistungsgesetze oder als ideologisch befrachtete Stichworte. Es geht um die ganzheitliche Entwicklung von Menschen und Familien. Da ist es wenig hilfreich, wenn in einem reichen Land wie Deutschland mit hohem Lebensstandard und Sozialniveau bei bestimmten Regulierungsnotwendigkeiten – egal von welcher Partei – ständig nur die Leistungsdiskussion befördert wird – ohne eigentlich zu fragen, was ist eigentlich gesamtgesellschaftlich das Nachhaltigste. Und gerade in Zeiten der Haushaltskonsolidierung werden Regierungen wie wir getrieben von Kräften, die höher Ausgaben fordern, obwohl auf Zukunft hin die öffentlichen Haushalte zu sanieren der bessere und nachhaltigere Weg ist, damit nachfolgende Generationen auch Entscheidungsmöglichkeiten besitzen. In dieser Frage muss in der Gesamtgesellschaft grundsätzlicher diskutiert werden und dabei kann Kolping einen guten Beitrag leisten.

Die Perspektiven insbesondere für Jugendlichen auf den 1. Arbeitsmarkt sind – will man den Statistiken glauben – gerade auch in Sachsen-Anhalt noch sehr ausbaufähig. Welche Maßnahmen planen Sie, damit Jugendliche nicht weiter abwandern müssen und entsprechende Möglichkeiten auf den heimischen Arbeitsmarkt bekommen?

Wer in den nächsten Jahren als jungen Mensch abwandert, der hat diese Entscheidung so für sich gewollt. Denn die Notwendigkeit besteht dafür nicht. Wir haben schon im letzten Jahr nicht alle Ausbildungsstellen besetzen können – also wir haben mehr Ausbildungsplätze als junge Menschen, die in das duale System hineinströmen. Der Geburtenknick macht sich jetzt bemerkbar. Es fehlen in den nächsten fünf Jahren 155000 Erwerbspersonen per Saldo. Wer einen Beruf ausüben will in den Branchen, die bei uns in Sachsen-Anhalt präsent sind, wird jetzt auch einen Einstieg finden. Das größere Problem liegt darin, dass ein Teil der jungen Menschen nicht den entsprechenden Schulabschluss bekommt. Von diesen 10 bis 12 Prozent sind es die wenigsten, die es aus objektiven Gründen nicht geschafft haben, weil ihre Leistungsfähigkeit nicht so ausgeprägt ist. Bei vielen ist etwas auf ihren Entwicklungsweg schief gelaufen. Und dieses Problem bekommt man nicht eingefangen durch staatliche Maßnahmen – die nur bedingt helfen. Was aus einem Kind wird, liegt in erster Linie an den Eltern, denn es gibt einen Erziehungsauftrag. Und dort, wo es keine klaren Erziehungsaktivitäten gibt, beginnen die Defizite, die auch ein gutes Schulsystem nicht ausgleichen kann. Und so werden wir mit manchen statistischen Befunden in dieser Frage immer wieder leben müssen. Hier wird auch wieder deutlich, dass die kolpingschen Leitlinien für Familien und eine davon abgeleitete Familienpolitik ganz wichtig für die Gesellschaft sind.

Nach dem Wegfall des Zivildienstes ist die Gefahr groß, dass die entstandene Lücke durch den Freiwilligendienst nicht ausgefüllt werden kann. Im Kolpingwerk Deutschland diskutieren wir derzeit sehr kontrovers die Frage nach einem verpflichtenden Friedens- bzw. Sozialdienst unter Einbeziehung und somit Wahlmöglichkeit aller verschiedenen Freiwilligendienste, den jede Bürgerin und jeder Bürger einmal in seinem Leben für die Gesellschaft ableisten müsste. Welche Meinung vertreten Sie dazu?

Hier möchte ich gern unterscheiden zwischen einer persönlichen Meinung und meiner politischen Aktivität. Meine persönliche Meinung ist, dass es die Verpflichtung sein sollte, sich für eine gewisse Zeit für die Gesellschaft einzusetzen. Ich habe das in meiner Jugendzeit als wohltuend empfunden, dass wir in den Ferien die Möglichkeit hatten, in den caritativen Einrichtungen für nur ein Mittagessen und ohne Bezahlung für die Betreuten da zu sein und mit ihnen in der Gemeinschaft Spaß und Freude zu haben. Das ist für mich Bestandteil der eigenen Entwicklung gewesen. Auf der anderen Seite haben wir ja in Deutschland die Wehrpflicht nicht abgeschafft. Sondern wir versuchen jetzt einen Weg, der auf Freiwilligkeit setzt, zu gehen. Wir haben aber politisch immer wieder die Option, daraus wieder die ursprüngliche Verpflichtung zu machen, die auf Grund dessen, dass nicht mehr so viel Soldaten benötigt werden, auch darin einmünden kann, dass die sozialen Alternativen dann im Sinne von Wehrgerechtigkeit bzw. Gleichberechtigung eingefordert werden. Momentan hängt das ganze System deswegen noch ein bisschen, weil die Strukturentscheidungen der Bundeswehrreform noch ausstehen und wir uns in so einer Übergangs- und Prüfungszeit befinden, wo keiner abschließend sagen kann, wie der neue Weg funktionieren kann – auch im Bezug auf die breiten Angebote des Bundesfreiwilligendienstes im sozialen Bereich. Was in Zukunft notwendig ist, hängt von den Erfahrungen der kommenden Jahre ab. Ob sich junge Menschen mit ihrem Land und ihrer Nation identifizieren und genügend bereit sind,

sich freiwillig eine Zeit lang für die Gesellschaft zu engagieren und darin auch eine Ehre verspüren, hängt auch von der eigenen Familie, der Erziehung und der Familienpolitik ab. Wir müssen wieder dahin kommen, dass das, was wir früher im Religionsunterricht Nächstenliebe nannten, gesellschaftlicher Konsens wird. Sonst wird die Gesellschaft in Zukunft ein Problem haben, dass wir diesen hohen Sozialstandard, der von der katholischen Soziallehre und der evangelischen Sozialethik – also den im Grundgesetz festgehaltenen christlichen Grundwerten ausgeht, in dem Umfang halten können. Wir würden ein anderer Staat werden.

Auch über 20 Jahre nach der friedlichen Revolution ist die DDR-Diktatur mit ihren vielfältigen Schattierungen noch nicht ganz aufgearbeitet. Welche Bilanz ziehen Sie in dieser Frage?

Also, als einer, der international viel unterwegs ist und geschichtlich immer stark interessiert gewesen ist, und der weiß, wie in früheren Epochen bei erfolgten Systemwechsel Geschichte aufgearbeitet wurde und wie das zeitlich in den letzten 21 Jahren bei uns gelaufen ist – im Gegensatz zu anderen ehemaligen kommunistischen Diktaturen - da muss ich fair bleibend sagen - die Aufarbeitung wurde so konsequent und rechtstaatlich, sachlich und unblutig im Osten des vereinigten Vaterlandes wie nirgendwo auf der Welt angegangen. Es ist eine geschichtliche Einmaligkeit, die wir als Generation jetzt und hier erleben. In Südafrika gibt es dazu eine andere Erfahrung und auch nach 1945 wurde weder im Westen noch im Osten von Deutschland so eine konsequente Aufarbeitung geleistet. Das trotz Rechtsstaat individuelle unterschiedliche Gerechtigkeitsempfindungen vorhanden sind, die weder auflösbar noch lösbar sind, erlebt man bis heute in die persönlichen Beiche hinein, weil nicht jeder in der DDR Benachteiligter in der neuen Gesellschaft auf die Füße gekommen ist und manche Opportunisten immer oben schwimmen. Ungeachtet dessen dürfen wir dankbar sein, wie der überwiegend gelungen aufgearbeitet wurde und noch wird.

Wenn Sie drei Wünsche an das Kolpingwerk und seine Mitglieder frei hätten, was würden Sie sich wünschen?

Erst einmal Konstanz. Kolping hat die vielen Jahre und auch die verschiedenen Systeme überlebt, weil an der Grundbotschaft, die heute noch aktuell ist, festgehalten wurde. Zeitens, dass man aus dem stabilen Fundament heraus, sich den modernen Anforderungen einer globalisierten und mobilen Welt stellt und so für die Menschen und für Gesellschaft positiv wirkt - aber auch Dankbarkeit zeigt für positive Entwicklungen und nicht nur auf Problemen herumtritt.

Drittens, dass man immer daran denkt, dass Kolping Bestandteil eines sogenannten Sozialmarktes ist, der bestimmte Ziel- oder Problemgruppen erreicht. Kolping soll sich dabei nicht vordergründig den sozialen Härtefällen zuwenden, wie es beispielsweise Caritas, Diakonie, DRK oder AWO tun, sondern sich um die Mehrheit der das System tragenden Arbeitenden kümmern und diese begleiten – pastoral, inhaltlich bildend, gemeinschaftsfördernd – das es denen gelingt, ihr Leben zu gestalten und dort Stabilität erreicht wird, damit der tragende Block der Gesellschaft funktioniert und mit christlichen

Grundwerten versehen ist bzw. wird. Nur dann kann auch der Sozialbereich eines Staates für die Schwachen darstellbar sein. Denn Adolph Kolping selbst hat auch kein allgemeines Armenspital oder eine Leprastation aufgemacht, sondern sich um die im Handwerk arbeitenden Gesellen gekümmert- als Stabilitätsfaktoren der Gesellschaft.

Herr Ministerpräsident, herzlichen Dank für das Interview und die klaren Worte!

Norbert Grellmann
Regionalsekretär

Zur Person

Dr. Reiner Haseloff

19. Februar 1954 geboren in Bülzig bei Wittenberg, verheiratet seit 1976, zwei verheiratete Söhne, vier Enkelkinder
1973 – 1978 Physikstudium an der TU Dresden und der Humboldt-Universität Berlin
1978 – 1990 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Umweltschutz in Wittenberg
1990 Wahl zum Ersten Beigeordneten des Landkreises Wittenberg
1991 Promotion zum Dr.rer.nat an der Humboldt-Universität zu Berlin (Thema der Dissertation: "Entwicklung von Meßgeräten auf der Basis der linearen Laser-Absorptionsspektrometrie zur empfindlichen Molekülgas-Konzentrationsmessung unter dem Aspekt des Einsatzes in der Umweltkontrolle")
1990 – 1992 stellvertretender Landrat des Landkreises Wittenberg
1992 – 22. Mai 2002 Direktor des Arbeitsamtes Wittenberg
vom 23. Mai 2002 bis 23. April 2006 Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes Sachsen-Anhalt
vom 24. April 2006 bis 19. April 2011 Minister für Wirtschaft und Arbeit des Landes Sachsen-Anhalt
seit 9. November 2006 Präsident des Netzwerkes der Europäischen Chemie-Regionen ECRN
seit 19. April 2011 Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt

Weitere politische Funktionen:

seit 1990 Stadtrat und Kreistagsmitglied
seit 1990 Mitglied des Landesvorstandes der CDU Sachsen-Anhalt
seit 2004 Stellvertretender Landesvorsitzender der CDU Sachsen-Anhalt
seit 2008 Mitglied des Bundesvorstandes der CDU